



## **Protokoll**

über die öffentliche Sitzung des Schul- und Kulturausschusses der Stadt Weener (Ems) am 14.05.2013, um 17:00 Uhr, im Mehrzweckraum der Grundschule Möhlenwarf, Parkstr. 8 , in Weener.

### **Anwesend:**

#### Vorsitzende/r

Lutz Drewniok

#### Bürgermeister

Wilhelm Dreesmann

#### Mitglieder

Axel Bareiß

Frauke Bock

Helmut Geuken

bis TOP 2.2. nö.

Klaas-Enno Haken

Andreas Karafotias

Erika Slopinski

Peter Woltermann

Vertretung für Frau Ute Prang

#### Grundmandatsinhaber/in

Heinrich-Friedrich Holtkamp

Vertretung für Herrn Stuart Vollmerhaus

#### beratende und stimmberechtigte Mitglieder

Bärbel Tönsing

#### Verwaltung

Gerwin Kuhlmann

Abteilungsleiter

Kerstin Beier

#### Gäste

Monika Fricke

zu TOP 2 ö.

Hildegard Hinderks

Heiko Höfelmann

zu TOP 1 nö.

Franz Marheineke

Hue Pham

zu TOP 1 nö.

Katja Roth

zu TOP 1 nö.

Mechthild Tammena

Jens Werner

zu TOP 2 ö.

### **Entschuldigt fehlen:**

#### Mitglieder

Ute Prang

Grundmandatsinhaber/in

Stuart Vollmerhaus

beratende und stimmberechtigte Mitglieder

Juliana Tönjes

beratende Mitglieder

Fritz Wessels

**TOP 1      Genehmigung des Protokolls vom 22.11.2012**

Ausschussmitglied Bareiß erkundigt sich, warum bezüglich der Abstimmung zu TOP 5 lediglich acht Stimmen aufgeführt sind.

Anmerkung der Verwaltung: TOP 5 befasste sich mit dem Haushalt im kulturellen Bereich. Hierbei war Frau Tönsing als beratendes Mitglied nicht abstimmbar.

einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**TOP 2      Mahnmal - "Auf dem Weg von Anne Frank"**

**Vorlage: BV/2013/1058**

Die Verwaltung verteilt aktuelle Unterlagen, darunter eine an Frau Fricke gerichtete gemeinsame Stellungnahme von Franz Marheineke und Fritz Wessels sowie eine an Bürgermeister Dreesmann und die Mitglieder des Schul- und Kulturausschusses gerichtete Stellungnahme von Fritz Wessels.

Anmerkung der Verwaltung: Die Unterlagen sind dem Protokoll beigelegt.

Frau Fricke erläutert die Hintergründe und das Entstehen des Projekts „Auf dem Weg von Anne Frank“.

Auf Nachfrage von Mitglied Bareiß erläutert sie zum einen, dass für die Entwicklung des Projekts kein akuter Zeitdruck besteht. Des Weiteren teilt sie mit, dass die Stadt Weener die Gestaltungshoheit besitzt. Von insgesamt etwa 15.000 Euro Projektmittel für die Mahnmale entlang der Bahnlinie sei der größte Teil für das Mahnmal in Weener bestimmt. Sollte der Betrag nicht reichen, würden zusätzliche Gelder akquiriert.

Bürgermeister Dreesmann zufolge wäre das geplante Mahnmal zu Aufklärungszwecken gerade auch für junge Menschen von großer Bedeutung. Über die Deportationsgeschicks am Bahnhof Weener sei früher nicht gerne gesprochen worden.

Auf Nachfrage von Mitglied Geuken zum Zeitfenster für die Errichtung des Mahnmals teilt Frau Fricke mit, dass die Laufzeit des Projekts auf insgesamt drei Jahre angelegt ist. Die Fertigstellung sei für den 70. Jahrestag der Deportation von Anne Frank anvisiert.

Grundmandatsinhaber Holtkamp spricht sich gegen die Errichtung eines Denkmals „im üblichen Sinn“ aus. Es gehe um Millionen von Menschen, nicht allein um die Einzelperson Anne Frank. Zudem hätten die Niederländer bereits eine Erinnerungstafel. Auch müsse bei der Errichtung des Denkmals mit Schmierereien und Beschädigungen gerechnet werden. Eine mögliche Lösung wäre ein Mahnmal im Pflasterstein.

Zudem könne mit einem Budget von 15.000 Euro nicht viel erreicht werden. Bedacht werden müsse auch, dass die Zustimmung des Eigentümers eingeholt werden muss.

Mitglied Slopinski zufolge geht es in der Sitzung lediglich darum, abzustimmen, ob das Projekt im Grundsatz gewollt ist oder nicht. Die Ausgestaltung sei noch nicht Thema. Außerdem müsse noch die Arbeitsteilung der Ausschüsse besprochen werden.

Laut Mitglied Bareiß sollte das Projekt gerade deswegen umgesetzt werden, weil derartige Mahnmäler teils Vandalismus zum Opfer fallen. Er stimmt zudem zu, dass in der Sitzung lediglich über die Grundlagen beschlossen wird.

Frau Fricke betont, dass das Projekt im Sinne „des Wegs von Anne Frank“ stellvertretend für die Schicksale der vielen Millionen Menschen steht.

Mitglied Geuken teilt mit, dass man sich von möglichen Schmierereien nicht beirren lassen sollte. Für die Gruppe SPD/Grüne stehe die Unterstützung des Vorhabens außer Frage. Jedoch plädiere sie für leichte Änderungen des Beschlussvorschlags. Die Verwaltung solle beauftragt werden, einen Arbeitskreis mit festgelegter Besetzung (Vertreter der Kirchen, Schulen, Fraktionen, Verwaltung, Bürger, Fritz Wessels, Franz Marheineke) einzurichten, der ein Gesamtkonzept erarbeitet. Die weiteren Beratungen sollen dann in den Ausschüssen erfolgen. Mitglied Karafotias teilt im Namen der UWG mit, dass diese den Vorschlag der Gruppe SPD/Grüne unterstützt.

Mitglied Bareiß teilt mit, dass er den Vorschlag grundsätzlich unterstützt, jedoch vorschlägt, die Besetzung des Arbeitskreises offen zu lassen und dabei auf Freiwilligkeit zu setzen. Dieser Vorschlag wird von Bürgermeister Dreesmann ebenfalls unterstützt.

Mitglied Slopinski schlägt vor, die Schulen mit einzubinden.

Die Mitglieder stimmen über den geänderten Beschlussvorschlag ab.

Der Erstellung eines Mahnmales am Bahnhof Weener unter dem Thema „Der Weg von Anne Frank“ wird grundsätzlich zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend einen Arbeitskreis einzurichten, der die erforderlichen Planungen, insbesondere Gestaltung, Standort und Finanzierungsmöglichkeiten, fortführt und ein Gesamtkonzept entwickelt. Die weiteren abschließenden Beratungen erfolgen dann in den zuständigen Ausschüssen (Schul- und Kulturausschuss und Bau- und Umweltausschuss).

einstimmig beschlossen	Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0
------------------------	--------------------------

**TOP 3     Antrag der UWG Weener gemäß § 56 NKomVG vom 09.04.2013 zum Thema "Erarbeitung Gesamtkonzept für Inklusive Grundschulen und Schwerpunktschule zum Beginn des Schuljahres 2013/14 in Weener"**  
**Vorlage: AT/2013/1057**

---

Mitglied Karafotias erläutert und begründet den Antrag.

Laut Verwaltung und Bürgermeister Dreesmann ist der Bedarf für Weener nicht gegeben. Seitens der Schulen sei kein entsprechender Bedarf angemeldet worden. Ein kurzfristiges Handeln bereits zum Schuljahr 2013/2014 sei außerdem nicht möglich.

3. stellv. Bürgermeister Drewniok weist darauf hin, dass die Einrichtung einer Schwerpunktschule keine Pflicht ist.

Grundmandatsinhaber Holtkamp schlägt Mitglied Karafotias vor, den Antrag zurückzuziehen. Die Umsetzung des Vorschlags der UWG lohne sich nicht.

Mitglied Geuken zufolge ist der Antrag der UWG zu weitgehend und gehe über die Aufgaben der Stadt als Trägerin hinaus. Er schlägt im Namen der Gruppe SPD/Grüne eine Änderung des Beschlussvorschlags dahingehend vor, dass die Verwaltung beauftragt wird, den Bedarf an inklusiver Beschulung für die nächsten vier Jahre festzustellen. Mitglied Bareiß bekundet seine Zustimmung für den Änderungsvorschlag.

Bürgermeister Dreesmann teilt mit, dass die Verwaltung die entsprechenden Zahlen unabhängig vom geänderten Antrag sowieso auf den Tisch legt. Es werde regelmäßig über den jeweils aktuellen Sachstand unterrichtet.

Mitglied Karafotias kritisiert, dass immer erst dann gehandelt würde, wenn der Bedarf bereits da ist. Es gehe jedoch darum, Familien anzulocken. Mit dem Vorschlag der Gruppe SPD/Grüne könne er sich anfreunden.

Frau Tammerna, Leiterin der GS Möhlenwarf, berichtet, dass sich die Schulen immer nach den Wünschen der Eltern richten. Von der Verwaltung würden sie regelmäßig aufgefordert werden, den aktuellen Bedarf mitzuteilen. Schulen und Verwaltung stünden immer in Kontakt.

Mitglied Karafotias zieht den Antrag der UWG zurück. Es erfolgt eine Abstimmung über den geänderten Antrag laut Vorschlag der Gruppe SPD/Grüne.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bedarf an inklusiver Beschulung für die nächsten vier Jahre festzustellen.

einstimmig beschlossen	Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0
------------------------	--------------------------

#### **TOP 4      Mitteilungen der Verwaltung**

---

4.1 Die Verwaltung unterrichtet, dass sie an einer Veranstaltung der Lebenshilfe Leer zum Thema Inklusion teilgenommen hat. Die dort übermittelten Informationen seien jedoch schwerpunktmäßig an die Schulleitungen und weniger an die Schulträger gerichtet gewesen.

4.2 Die Verwaltung teilt mit, dass der TOP „Gesunde Ernährung in Ganztagsgrundschulen“ für die kommende Schul- und Kulturausschusssitzung geplant ist, da die Sitzung am 14.5.2013 ansonsten zu lang ausgefallen wäre.

4.3 Die Verwaltung teilt mit, dass der Jahresbericht der Stadtbücherei dem Protokoll der Sitzung als Anlage beigefügt werden wird.

4.4 Die Verwaltung unterrichtet, dass die Stadtbücherei wieder am Julius-Club teilnimmt.

--

**TOP 5      Anfragen und Anregungen**

---

- 5.1      Auf Anfrage von Mitglied Bareiß teilt Bürgermeister Dreesmann mit, dass die Elternbefragung darüber, wie viele Kinder den gymnasialen Zweig besuchen würden, vom Landkreis gesteuert werde.
- 5.2      Mitglied Karafotias teilt mit, dass es eine Beschwerde über „katastrophale Zustände“ der Sanitäreinrichtungen in der Karl-Bruns-Realschule gebe. Bürgermeister Dreesmann teilt mit, dass er dies an den Landkreis weiterleiten werde.

**TOP 6      Einwohnerfragestunde**

---

keine Anfragen

Ende der Sitzung: 18:22 Uhr

Lutz Drewniok  
Vorsitzender

Wilhelm Dreesmann  
Bürgermeister

Gerwin Kuhlmann  
Abteilungsleiter

Kerstin Beier  
Protokollführerin